Friedenslogik – Sicherheitslogik: Ein Dialog

Armin Staigis

Die in der Wissenschaft hergeleiteten und definierten unterschiedlichen Paradigmen und normativen Grundannahmen von Friedenslogik und Sicherheitslogik, gerade in Bezug auf die fehlende Ausprägung einer übergreifenden Konflikttransformation und dialogverträglichen Problembearbeitung, finden nach meinen langjährigen Erfahrungen in dieser Unterscheidung keine Entsprechung in der politischen Praxis. Dies gilt besonders für die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, aber auch für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union.

Wäre es anders, würden die politischen Verantwortungsträger wesentliche **verfassungsrechtliche und völkerrechtliche Vorgaben** missachten. So ist die friedenslogische Bindung bereits in der Präambel des Grundgesetzes wie folgt verankert: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“ Die sicherheitslogische Bindung ergibt sich, der Präambel unmittelbar folgend, aus Artikel 1 (1) Grundgesetz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Bereits im ersten Grundgesetzartikel wird die Schutzverpflichtung des Staates verankert, woraus sich letztlich auch das Gewaltmonopol des Staates begründet.

Die vergleichbare völkerrechtliche Bindung für Frieden und Sicherheit ist auf europäischer Ebene in der Präambel des Vertrages über die Europäische Union durch die Mitgliedsstaaten vereinbart: „… - entschlossen eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu verfolgen, um Frieden, Sicherheit und Fortschritt in Europa und in der Welt zu fördern.“

Ich sehe allein schon aus dieser verfassungs- und völkerrechtlichen Bindung, aber ganz besonders aus der selbst erfahrenen politischen Praxis heraus Frieden und Sicherheit – und damit Friedens- und Sicherheitslogik – als handlungsleitende Ziele in ständiger **Komplementarität.** Dies gilt heute und

zukünftig noch mehr als in der Vergangenheit vor dem Hintergrund der komplexen Herausforderung in einer globalisierten und digitalisierten Welt, in der es keine einfachen Antworten und Lösungen mehr gibt und geben wird. Einerseits muss dem menschlichen Grundbedürfnis nach Sicherheit vor Gewalt und der Freiheit von Not und Furcht weiterhin nachgekommen werden. Anderseits ist die Friedensfähigkeit von Staaten, aber auch nicht-staatlicher Akteure und Gesellschaften in einem ständigen Prozess zu stärken. Auch sehe ich zwischen den Logiken keine Hierarchie oder Abhängigkeiten in unterschiedlichen Entwicklungsstufen und damit auch keinen Übergang von Sicherheitslogik zu Friedenslogik. Schon gar nicht kann das eine das andere ersetzen.

Auch die **Evangelische Friedensethik** erkennt diese Komplementarität zwischen Friedens- und Sicherheitslogik an, wenn in der Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für einen gerechten Frieden sorgen“ festgehalten wird: „Ein Grundelement eines gerechten Friedens ist Vermeidung von und Schutz vor Gewalt“ und „Friede ist kein Zustand (weder der bloßen Abwesenheit von Krieg, noch der Stilllegung aller Konflikte), sondern ein gesellschaftlicher Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit.“ Mittels dieser Komplementarität ist es uns Christen aufgegeben, einem inklusiven und gerechten Frieden nachzustreben.

Wie kann nun dieser komplementäre Ansatz für Frieden und Sicherheit umgesetzt werden? Ich bin davon überzeugt, dass dies weniger über weit greifende politische Strategien erzielt werden kann, sondern eher über die konsequente Anwendung einiger weniger **Prinzipien,** die gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik zu Berechenbarkeit und Vertrauen führen können. Vier Prinzipien will ich näher beleuchten.

Als erstes will ich den **Imperativ des Multilateralismus** nennen. Kein Staat, weder Deutschland in Europa, noch die USA als einzig verbliebene Weltmacht, kann heute politisch allein agieren, gar eine verlässliche internationale Ordnung schaffen. Staaten haben weitgehend ihre Autonomie verloren und müssen lernen, dies zu akzeptieren. Ausmaß und Inhalt von Souveränität von Staaten in internationalen Angelegenheiten bedürfen daher der Überprüfung. Das Ende der Westfälischen Ordnung von 1648 zeichnet sich deutlich ab. Lösungen erfordern zwingend multilaterale Ansätze in Zeiten der Globalisierung und

Digitalisierung. Trotz ihrer gegenwärtigen Krisen, könnte eine sich weiter entwickelnde und handlungsfähige EU in dieser Hinsicht das Beispiel für die Zukunft, auch für andere Regionen dieser Welt setzen. Daran gilt es für Deutschland aktiv mitzuwirken, gerade weil Multilateralismus ein wesentlicher Teil unserer Staatsraison ist und bleiben sollte.

Mit dem zweiten Prinzip fordere ich dazu auf, eine **faire Ausgleichspolitik** anzustreben und Nullsummenansätze durch „win-win"-Situationen zu ersetzen. Nullsummenansätze kennzeichneten lange den Kalten Krieg, wurden durch die Entspannungspolitik aufgebrochen und abgelöst. Staaten, die heute eine Nullsummenpolitik weiter verfolgen, werden morgen die Verlierer sein. Das Schaffen von „win-win-Situationen" ist gleichzeitig ein Appell für Empathie für den anderen, mit Henry Kissingers Worten, „watching the world through the eyes of the others". Dabei sollte dieses Prinzip einer fairen Ausgleichspolitik nicht nur in der Ökonomie gelten, sondern ganz besonders im politischen Verkehr von Staaten. Nicht alle politischen Führer und Staaten werden dies akzeptieren wollen, aber diese Politiker und Staaten werden bald erkennen müssen, dass sie die Verlierer der Globalisierung sind.

Die westlichen Staaten, einschließlich Deutschlands, müssen künftig vermeiden, in der Verfolgung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Ziele doppelte Standards gelten zu lassen. Dieses dritte Prinzip verlangt nach einer **wertebezogenen Politik**, einer unzweideutigen Verfolgung dieser Werte, für die wir einstehen. Selbstverständlich gibt es Konflikte zwischen Werten und Interessen, besonders wenn man es mit autoritären Regimen, Extremisten oder gar Terroristen zu tun hat. Aber seien wir uns dennoch bewusst, dass jede Abweichung von unseren Werten auf uns negativ zurück schlägt. Beispiele dafür liefert die jüngste Vergangenheit genug. Will der Westen seine Glaubwürdigkeit bewahren und stärken, muss er sich in der Außen- und Sicherheitspolitik zu seinen Werten bekennen und diesen verlässlich nachkommen.

Das vierte Prinzip: jedes außen- und sicherheitspolitische Vorgehen verlangt nach einem **umfassenden vernetzen Ansatz**. Separate diplomatische, ökonomische, soziale, zivilgesellschaftliche oder gar militärische Vorgehensweisen werden kein Problem lösen, weder zur Krisenprävention, zur Krisenbewältigung noch zur Friedenskonsolidierung. Auf der Basis klarer und

erreichbarer politischer Ziele bedarf es der konsequenten Vernetzung der verschiedenen Akteure und Instrumente durch intensiven Informationsaustausch, enger Koordination und Kooperation bis hin zum integrierten Handeln im nationalen und internationalen Rahmen. Dabei kann die Eigenständigkeit der zivilen Akteure gegenüber denen im staatlichen Auftrag Handelnden gewahrt werden, aber Kohärenz im Vorgehen sollte immer angestrebt werden, um gemeinsam definierte Ziele zu erreichen. Hier gibt es noch erheblichen Nachholbedarf, wobei es zunächst gilt, das gegenseitige Verständnis zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, aber zwischen den staatlichen Akteuren selbst auszubauen und zu stärken.

Am Schluss ergibt sich für mich aus all dem eine letzte Forderung. Es bedarf einer intensiveren **Kommunikation** und eines von gegenseitigem Vertrauen und Respekt gestützten, durchaus auch kontroversen **Dialogs** zwischen politisch Verantwortungsträgern, den Administrationen, der Wissenschaft, den gesellschaftlichen Akteuren und letztlich den Bürgerinnen und Bürgern, um Frieden und Sicherheit für uns, mit anderen und für andere zu bewahren, wiederherzustellen und zu stärken.

Brigadegeneral a.D. Armin Staigis, Vizepräsident a.D. der Bundesakademie für Sicherheitspolitik